Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 25.09.2026

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 28. September 2026
Fokusthemen: **Gesundheit und Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Behandlung von neun Vorstössen, welche der Regierungsrat entgegennehmen möchte, mit den Geschäftsberichten der kantonalen Spitäler beschäftigen. Danach stehen bis zur Mittagspause Geschäfte an, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. In der Nachmittagssitzung wird sich der Rat ausschliesslich mit Vorstössen befassen, in denen es um Themen der Volkswirtschaft geht.

Regierungsrat will neun Postulate entgegennehmen
Rasch behandeln dürfte der Kantonsrat neun Postulate, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Postulate entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt der entsprechende Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt nach einer Diskussion über die Überweisung entscheiden.

SP-Kantonsrätin Renata Grünenfelder will den Regierungsrat beauftragen, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Massnahmen zur Verbesserung des Qualitätsmanagements in Zürcher Listenspitälern geplant oder bereits umgesetzt sind und wie negative Abweichungen bei Behandlungsergebnissen frühzeitig erkannt und behoben werden können (KR-Nr. 229/2026).

SP-Kantonsrat Rafael Mörgeli verlangt, dass bei der digitalen Steuererklärung von Ehepaaren künftig beide Ehepartner die Erklärung rechtsverbindlich bestätigen müssen. Geprüft werden soll eine möglichst einfache Lösung, etwa ein von beiden unterzeichnetes Formular, das als digitaler Beleg eingereicht wird (KR-Nr. 239/2026).

EVP-Kantonsrat Daniel Sommer möchte die Lärmemissionen von Feuerwerk einschränken. Feuerwerk ohne Knallwirkung wie Vulkane, Wunderkerzen oder bengalisches Feuer soll weiterhin erlaubt bleiben; zudem sollen Gemeinden in besonderen Fällen Ausnahmebewilligungen erteilen können (KR-Nr. 240/2026).

Grünen-Kantonsrätin Sabine Arnold fordert eine bereichsübergreifende Strategie, um Kinder von sucht- oder psychisch kranken Eltern besser zu erreichen, zu schützen und zu stärken. Bestehende Angebote sollen koordiniert, Früherkennung und Frühintervention gefördert und die Zusammenarbeit von Kindesschutz, Suchthilfe, Schule, Sozial- und Gesundheitswesen verbessert werden (KR-Nr. 265/2026).

FDP-Kantonsrat Simon Vlk möchte die Vorschriften für fest installierte Klimaanlagen lockern. Insbesondere soll geprüft werden, ob die Pflicht zu automatischem Sonnenschutz aufgehoben und die Anforderungen an Gebäudehülle und Gebäudeinneres bei bestehenden Gebäuden flexibilisiert werden können (KR-Nr. 266/2026).

SP-Kantonsrat Nicola Siegrist will prüfen lassen, wie besonders gefährdete Personen bei Hitzewarnungen gezielt erreicht und unterstützt werden können. Zudem soll der Regierungsrat Mindeststandards für die Kühlung in Pflegeeinrichtungen, Alterszentren und weiteren Institutionen sowie die Nutzung öffentlicher Gebäude als kühle Rückzugsorte prüfen (KR-Nr. 267/2026).

Grünen-Kantonsrätin Silvia Rigoni möchte, dass der Regierungsrat das Kühlungspotenzial von Fliessgewässern in Siedlungsgebieten untersucht und aufzeigt, wo eingedolte, verbaute oder kanalisierte Bäche geöffnet beziehungsweise renaturiert werden könnten und welche Massnahmen dafür nötig wären (KR-Nr. 268/2026).

AL-Kantonsrätin Gianna Berger fordert einen besseren und finanziell erleichterten Zugang zu Tests auf sexuell übertragbare Infektionen (STI) für Personen unter 30 Jahren. Geprüft werden sollen unter anderem Gutscheinlösungen, Pilotprojekte oder Kooperationen mit bestehenden Test- und Beratungsstellen (KR-Nr. 290/2026).

Und EVP-Kantonsrat Michael Bänninger verlangt einen Massnahmenplan, mit dem das kantonale Ziel von jährlich rund fünf Kilometern revitalisierter Fliessgewässer erreicht werden soll. Darin sollen unter anderem Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren, zur Unterstützung der Gemeinden, zur Finanzierung und zur besseren Ausschöpfung von Bundesmitteln aufgezeigt werden (KR-Nr. 291/2026).

Renata Grünenfelder (SP, Zürich), 079 306 19 40
Rafael Mörgeli (SP, Stäfa), 077 428 98 30
Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), 079 223 61 62
Sabine Arnold (Grüne, Zürich), 078 818 37 56
Simon Vlk (FDP, Uster), 079 388 25 76
Nicola Siegrist (SP, Zürich), 078 944 01 00
Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54
Gianna Berger (AL, Zürich), 079 129 93 14
Michael Bänninger (EVP, Winterthur), 079 216 50 66

Geschäftsberichte der kantonalen Spitäler sollen genehmigt werden
Erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird die Genehmigung der Geschäftsberichte und der Berichte über die Umsetzung der Eigentümerstrategien der vier kantonalen Spitäler. Die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Berichte des Universitätsspitals Zürich (USZ) (6097), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) (6098), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) (6099) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) (6100) zu genehmigen. Gleichzeitig legt die ABG mit ihren Anträgen Rechenschaft über ihre Oberaufsichtstätigkeit ab. Die finanzielle Situation hat sich gegenüber den Vorjahren etwas entspannt: Erstmals seit mehreren Jahren schlossen alle vier Spitäler mit einem Gewinn ab. Gleichzeitig schritten verschiedene Bauprojekte voran und die ambulante Versorgung wurde weiter ausgebaut. Einen Schwerpunkt ihrer Oberaufsicht legte die ABG auf den Datenschutz und den Einsatz neuer Technologien. Sie erwartet, dass die Spitäler dem Datenschutz weiterhin hohe Priorität beimessen und bei Bedarf frühzeitig die Zusammenarbeit mit der kantonalen Datenschutzbeauftragten suchen. Weiter befasste sich die ABG mit den Erkenntnissen aus der Untersuchung der erhöhten Mortalitätsrate in den Jahren 2016–2020 an der Klinik für Herzchirurgie sowie mit dem Schutz der Mitarbeitenden vor Gewalt und sexuellen Übergriffen.

ABG-Präsidentin: Raffaela Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Zusatzkredit für Weiterbildung in Kinder- und Jugendpsychotherapie
Die Weiterbildung zu Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten soll künftig mit 25'000 Franken pro Jahr und Vollzeitäquivalent unterstützt werden. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, für die Umsetzung der kantonalen Volksinitiative «Für eine psychisch gesunde Jugend» einen Zusatzkredit von 3,6 Millionen Franken für die Jahre 2026 bis 2029 zu bewilligen (6102). Der Zusatzkredit wird nötig, weil die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich bei den Umsetzungsarbeiten eine zu tiefe Zahl tätiger Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ausgewiesen hatte.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Mehr Freiraum für Gemeinden bei Krankenkassenwechseln von Sozialhilfebeziehenden
Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 14 zu 1 Stimmen, das Sozialhilfegesetz (SHG) zu ändern (KR-Nr. 28/2024). Sozialdienste sollen nicht mehr verpflichtet sein, jährlich zu prüfen, ob Sozialhilfebeziehende zu einer günstigeren Krankenkasse wechseln können. Die Kommissionsmehrheit erachtet den damit verbundenen administrativen Aufwand als unverhältnismässig und möchte es den Gemeinden überlassen, abzuwägen, wann ein Wechsel sinnvoll ist. Dabei verweist sie auch darauf, dass rund 30 Prozent der Sozialhilfebeziehenden weniger als ein Jahr Sozialhilfe beziehen und ein Kassenwechsel mit Nachteilen bei den Leistungen verbunden sein kann. Eine Minderheit (SVP) will an der heutigen Regelung festhalten. Sie erachtet die jährliche Überprüfung als verhältnismässig und sieht bereits heute genügend Spielraum für die Gemeinden.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64
Minderheit: Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

Vorstösse zum Kinderspital und zur Behandlung verletzter Wildtiere
Sollte vor der Mittagspause noch Zeit dazu sein, wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. GLP-Kantonsrat Urs Glättli möchte den Regierungsrat ersuchen, eine Vorsorgeplanung für den Fall einer finanziellen Notlage des Kinderspitals zu erstellen (KR-Nr. 32/2025). Und Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, fordert eine Vorlage zur Regelung der Finanzierung von tierärztlichen Behandlungskosten für verletzte Wildtiere und halterlose Haustiere (KR-Nr. 170/2025). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Urs Glättli (GLP, Winterthur), 079 720 47 48
Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Kein Fonds für Zürcher Uferwege
Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit der Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» von EVP, SP, GLP, Grünen und AL befassen. Der Rat hatte diese vor vier Jahren an den Regierungsrat überwiesen. Damit wurde gefordert, dass die gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat nun mit 10 zu 5 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zur Motion nicht einzutreten (KR-Nr. 61/2021). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Die Kommissionsmehrheit teilt die Einschätzung des Regierungsrates, dass ein solcher Fonds die Uferwegprojekte nicht beschleunigen und der Regierung diesbezüglich keine zusätzlichen Möglichkeiten eröffnen würde. Eine Minderheit aus SP und Grünen hält den Fonds für dringend nötig und stellt einen Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Postulat zur ZVV-Grundversorgung soll abgeschrieben werden
Rasch behandelt werden dürfte das Postulat der Grünen betreffend «ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende». Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dieses als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 88/2022). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, die Erschliessung von Siedlungsgebieten gemäss der ZVV-Angebotsverordnung sicherzustellen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass der Kanton Zürich bereits heute zum allergrössten Teil angemessen, in geeigneter Form und in guter Qualität durch den ÖV erschlossen sei.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Knappe Mehrheit lehnt Velo-Vorlage ab
Im Verlauf der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat gleich drei Motionen zu Velo-Themen in einer Vorlage behandeln. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, auf die Umsetzungsvorlage zu den drei Vorstössen nicht einzutreten. Konkret geht es um die Motionen «Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur» (KR-Nr. 364/2020), «Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen» (KR-Nr. 365/2020) und «Thesaurierender Fonds für Radwege» (KR-Nr. 62/2021). Die Mehrheit der KPB folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Für sie würde der thesaurierende Fonds Gelder binden, ohne die gewünschte Wirkung zu erzielen. Zudem ist sie der Ansicht, dass die Vorlage einen grossen Aufwand für die Aufschlüsselung von Strassenbauprojekten mit sich bringen würde. Die Haupthindernisse für den Veloverkehr sieht sie in den Verfahren und Einsprachen. Eine Minderheit aus SP, GLP und Grünen erkennt hingegen Handlungsbedarf bei den Anliegen der Motionen und spricht sich dagegen aus, diese in einer Umsetzungsvorlage zusammenzufassen. Die Minderheit beantragt daher Eintreten, sodass in der Folge ein Antrag auf Aufteilung der Vorlage gestellt werden kann.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Jonas Erni (SP, Wädenswil), 076 365 78 06

Wohnbauförderung soll höhere Bau- und Landkosten berücksichtigen
Die kantonale Wohnbauförderung soll künftig den gestiegenen Landpreisen und den Mehrkosten des ökologischen Bauens besser Rechnung tragen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 424/2021). Der Regierungsrat will im Rahmen der Überarbeitung der Wohnbauförderung unter anderem die Kostenberechnungen anpassen, einen Landkostenzuschlag vorsehen und ressourcenschonendes Bauen mit einer Reduktion der Mindestwohnfläche geförderter Wohnungen erleichtern. Für die WAK ist das Anliegen des Postulats damit erfüllt.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch